

UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III



**NEIN ZUR USRIII
AM 12. FEBRUAR 2017
PARTEI DER ARBEIT
DER SCHWEIZ PdAS**

4,6 Milliarden Franken haben oder nicht haben – das ist die Frage!

Bund 1.6 Milliarden

Gemäss Berechnungen des Bundesrats kostet die Reform den Bund 1.3 Milliarden. Aber: Die steuerlichen Ausfälle für den Bund durch die verschiedenen Massnahmen, die auf kantonaler Ebene umgesetzt werden sollen, sind nicht berücksichtigt. Hier besteht eine grosse Unsicherheit! Eine vorsichtige Schätzung aller Ausfälle ergibt Mindereinnahmen von mindestens 1.6 Milliarden Franken.

Kantone und Gemeinden 3 Milliarden

Zu massiven Steuerausfälle wird es in den Kantonen und Gemeinden kommen. Der Städteverband errechnete allein für die Gemeinden einen Ausfall von 1.3 Milliarden. Schwer ins Gewicht fallen dabei die geplanten Senkungen der Gewinnsteuer für die Unternehmen auf kantonaler Ebene. Realistisch ist daher mit Mindereinnahmen von 2.5 bis 3 Milliarden Franken zu rechnen.

Achtung Schätzung! Achtung Lüge!

Bei den Zahlen handelt es sich um Schätzungen. Niemand kann genau voraussagen, wie hoch die Steuerausfälle sein werden. Der Bundesrat hat sich schon mal grobfahrlässig «verschätzt»: Bei der zweiten Reform der Unternehmenssteuer (USR II) im Jahr 2008 ging die Regierung von Steuerausfällen in der Höhe von 80 Millionen jährlich aus. Drei Jahre später musste der Bundesrat zugeben, dass Bund, Kantone und Gemeinden wegen der USR II mit Ausfällen von über **sieben Milliarden** Franken in den nächsten zehn Jahren rechnen müssen. Selbst das Bundesgericht sprach von «Fehlinformation durch Unterdrückung», einzelne Richter gar von einer «systematischen Irreführung».

Wir sind gewarnt!

**NEIN ZUR USR III
WERDE MITGLIED DER
PARTEI DER ARBEIT**

Steuerausfälle = Sparprogramme auf dem Buckel der Bevölkerung

Beispiel Bund

Um die Steuerausfälle durch die USR III von mindestens 1.3 Milliarden Franken zu kompensieren, hat der Bundesrat für seinen Haushaltsplan 2017 – 2019 ein Sparpaket in der Höhe von 1 Milliarde vorgelegt. Besonders stark betroffen ist das Bundespersonal, denn hier sind laut Medienmitteilung des Bundesrats «namhafte Kürzungen» vorgesehen.

Beispiel Kanton Genf

Laut der Regierung kostet die USR III den Kanton zwischen 300 und 400 Millionen Franken pro Jahr. Bereits für das Jahr 2016 wurde eine lineare Kürzung sämtlicher Subventionen von 1 Prozent durchgeführt. Angekündigt wurde auch eine Kürzung von 5 Prozent beim Personal. Dieses Vorhaben scheiterte vorerst am Widerstand der Betroffenen. Die angestrebte Kürzung ist jedoch nicht vom Tisch und bleibt ein Ziel der Regierung, das bis 2018 erreicht werden soll.

Beispiel Kanton Zürich

Laut einer Studie des Forschungsinstituts BAK Basel beträgt der Steuerausfall im Kanton Zürich wegen der USR III bis zu 768 Millionen Franken.

Der Regierungsrat hat bereits ein Sparpaket von 1,8 Milliarden Franken vorgelegt. Gespart werden soll u.a. im Gesundheitswesen (130 Millionen), im Öffentlichen Verkehr (135 Millionen), in der Bildung (50 Millionen) und bei der Kantonspolizei (10 Millionen).

Beispiel Kanton Luzern

Mit der «Steuergesetzrevision 2011» hat der Kanton Luzern in zwei Jahren die Gewinnsteuer für Unternehmen um 50 Prozent gesenkt. Im Herbst 2014 legte der Regierungsrat ein Sparprogramm von jährlich 110 Millionen Franken vor: Beim Personal wurde generell um 1 Prozent gespart; Kürzungen im Gesundheits-, Sozial-, Kultur und Bildungsdepartement von 5 Prozent; Verkürzung des Schuljahres um eine Woche bei den Gymnasien sowie der Berufs- und Weiterbildung; die Luzerner Polizei führt täglich eine Patrouille weniger durch; Kürzung der Prämienverbilligungen um 1,2 Millionen Franken.

Die Schweiz ist weltweit top

Der internationale Vergleich der Gesamtsteuerbelastung zeigt, dass die Schweiz gegenüber anderen hoch entwickelten Industrieländern ein sehr wettbewerbsfähiges Steuersystem hat. Die Gesamtsteuerbelastung misst die Summe aller von den Unternehmen zu entrichtenden Steuern und Pflichtabgaben, ausgedrückt in Prozenten des Unternehmensgewinns. Die Schweiz liegt dabei auf Rang 3 gleich hinter Luxemburg und Irland.

(Quelle: Switzerland. Trade & Investment Promotion.)

Die Faktoren der Standortwahl

«Die Attraktivität eines Standortes hängt von verschiedenen Faktoren ab. Von Bedeutung sind namentlich allgemeine Rahmenbedingungen wie die politische Stabilität, eine ausgebauten Infrastruktur oder ein funktionierender Arbeitsmarkt mit gut qualifizierten ArbeitnehmerInnen», informierte das Eidgenössische Finanzdepartement im Juni 2015.

In der Rangordnung der 10 wichtigsten Standortkriterien belegen die Steuerprivilegien gerade mal Platz 8. Dies ergab eine Umfrage von SwissHoldings, dem Verband der multinationalen Konzerne in der Schweiz. Sollten die Steuerprivilegien wegfallen, bleiben die neun anderen Kriterien weiterhin bestehen.

Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten

Die Besteuerung von einem Prozent der Umsätze der 15 grössten Unternehmen in der Schweiz würden dem Bund Einnahmen von rund 10 Milliarden Franken bringen. Die Verteilung des vorhandenen Reichtums ist eine rein politische Frage. Die öffentlichen Finanzen wollen wir mit einer gerechten Steuerpolitik stärken, die zu höheren Einnahmen führt.

Deshalb fordern wir:

- Die Erhöhung der Gewinnsteuer bei Kapitalgesellschaften
- Die radikale Erhöhung der Grundstückgewinnsteuer
- Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer
- Die Harmonisierung der Steuersätze von Gemeinden und Kantonen
- Die Erhöhung der Steuern auf Grossvermögen

